

(Hans-Jürgen Nestmann; IG Metall Senioren Elmshorn, 13.12.2018):

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herrn,

Die soziale Spaltung in Deutschland nimmt zu, die Armut wird größer. Was soll der Staat tun?

Die Wirtschaft boomt. Dennoch sind immer mehr in diesem Land von Armut bedroht. Rentner sammeln Flaschen, Alleinerziehende stocken mit Hartz IV auf. Knapp ein Fünftel ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Im Jahr 2017 lag der Anteil laut Statistischem Bundesamt bei 19 Prozent. Daneben nimmt die ungleiche Vermögensverteilung zu. Die reichsten zehn Prozent der deutschen Bevölkerung besitzen 51,9 Prozent des Nettogesamtvermögens. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung kommt gerade einmal auf ein Prozent.

Was sollte der Staat gegen die zunehmende soziale Spaltung im Land tun? Sollte er überhaupt eingreifen?

Ich denke, dass durch die Armut nicht nur der sozialen Frieden gefährdet ist, sondern ich befürchte auch Schaden für die Demokratie, wenn wir uns in der Welt einmal umsehen.

Mehr soziale Sicherheit wagen

Die Schere in Deutschland, Europa und der Welt bei Einkommen, Vermögen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedingungen klappt von Jahr zu Jahr weiter auseinander. Wenn die 62 reichsten Menschen der Erde ebenso viel Vermögen besitzen wie die 3,7 Milliarden der ärmeren Hälfte der Menschheit, wird eine Spaltung offenbar, die auf Dauer zerstörerisch wirkt. Vor sechs Jahren waren es die 366 Reichsten. Die Richtung der Entwicklung ist falsch.

Unterhöhnung der Demokratie

Diese Entwicklung vollzieht sich auch in Deutschland. Vor allem die Armutsquote hat hierzulande in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen. Ende der 90er-Jahre lebten gut elf Prozent der Bevölkerung in Haushalten, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens betrug. 20 Jahre später im Jahr 2015 lag der Anteil bei 16,8 Prozent.

Wenn diese Spaltung nicht überwunden wird, gerät nicht nur der soziale Frieden in Gefahr, sondern es droht eine Unterhöhnung der Demokratie mit allen Konsequenzen für Grundrechte, Freiheit und Rechtsstaat. Diese Erkenntnis greift langsam Raum, SPD und Grüne beginnen die maßgeblich von Ihnen mit der Agenda 2010 eingeleitete Entsolidarisierung und Entstaatlichung als grundlegendes Problem zu erkennen.

Weil dies der offensichtlichste Ausdruck des Abbaus sozialer Sicherheit ist, konzentrieren sich viele Diskussionen auf die Frage, ob und wie man das Hartz-System ersetzen kann und muss. Und ohne Zweifel gehört die Schaffung einer sanktionsfreien Mindestsicherung, die bei der Arbeitsvermittlung die Qualifikation der Betroffenen, die Höhe des vorherigen Arbeitsentgeltes sowie den Verlauf des Berufslebens berücksichtigt, zu den vordringlichsten Aufgaben, um die soziale Spaltung zu überwinden.

Entwürdigung durch Hartz IV

Hartz IV ist Armut per Gesetz. Jedes siebte Kind muss in Deutschland in Hartz IV leben. Nach Eurostaat sind die zumeist unverschuldet Arbeitslosen in Deutschland im EU-

weiten Vergleich am stärksten von Armut bedroht. Ihr Armutsrisiko lag im Jahr 2016 bei 70,8 Prozent, während es in Finnland oder Frankreich unter 40 Prozent lag.

Die mit Hartz IV verbundene Entwürdigung der Menschen war Voraussetzung für die Schaffung des größten Niedriglohnsektors Westeuropas und die immer mehr zunehmende prekäre Beschäftigung. Dass in Deutschland über eine Million Menschen in Leiharbeit sind, über 22 Prozent im Niedriglohnbereich arbeiten und sich befristete Verträge binnen 20 Jahren mehr als verdoppelt haben, trifft vor allem jüngere, ältere und weibliche Beschäftigte. Wir müssen der Arbeit ihre Würde wiedergeben, indem prekäre Beschäftigung zurückgedrängt und das Lohnniveau angehoben wird. Der Mindestlohn muss über der Niedriglohnschwelle liegen und einen Rentenanspruch oberhalb der Grundsicherung gewährleisten. Dafür müsste er nach Berechnungen der Bundesregierung auf Anfrage der Linken mindestens 12,63 Euro pro Stunde betragen.

Gute Löhne für gute Renten

Hinzu müsste eine Arbeitslosenversicherung kommen, die die Beschäftigten wieder verlässlich vor den Folgen von Erwerbslosigkeit schützt. Es müsste auch ein Mindestarbeitslosengeld auf Basis des Mindestlohns eingeführt werden. Arbeitslosengeld muss es auch für Selbstständige in Insolvenz geben.

Gute Löhne sind eine Voraussetzung für gute Renten. Das gegenwärtige Rentensystem erkaufte den Anschein von Zukunftsfestigkeit durch massenhafte Altersarmut. Die Rentenpolitik der letzten 15 Jahre stellte die Beitragssatzentlastung für die Arbeitgeber über die Armutsfestigkeit und die Lebensstandard sichernde Funktion der Rente. Das Mantra der Privatvorsorge, das alle Bundesregierungen seit Rot-Grün vor sich hertragen, liefert die Altersvorsorge dem Wohl und Wehe der Finanzmärkte aus und entpuppt sich für viele Betroffene als reine Augenwischerei.

Mehr Steuergerechtigkeit

Ein wirklicher Generationenvertrag für eine armutsfeste, den Lebensstandard auch für die Jüngeren sichernde Rente ist eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle mit Erwerbseinkommen einzahlen, auch Politiker, Beamte, Anwälte und solche, die Millionen verdienen. Selbstverständlich braucht es für die Beamtinnen und Beamten Regelungen, die dafür sorgen, dass sie nicht schlechter dastehen als heute. Die Beitragsbemessungsgrenze muss entfallen, das heißt, der Beitrag wird vom gesamten Erwerbseinkommen bezahlt und ohne Beitragssatzdogma paritätisch von den Arbeitgebern mitfinanziert. Und für Spitzenverdiener müsste der Rentenanstieg abgeflacht werden.

Ein funktionierender Sozialstaat, gute chancengleiche Bildung und chancengleicher Zugang zu Kunst und Kultur, bezahlbare Wohnungen, moderne Infrastruktur und ein Gesundheitssystem, in dem nicht der Geldbeutel die Terminvergabe bestimmt, werden ohne Steuergerechtigkeit nicht zu finanzieren sein. Konzerne, Vermögende, Bestverdiener können und müssen mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden, um die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden.